

Die Keramik in der modernen Baukunst.

Von Stadtbaurat Dr.-Ing. Althoff und Conrad Strauß, Frankfurt a. Oder. (Schluß aus No. 17.)

(Hierzu die Abbildungen auf S. 139—143.)



In Folgenden noch ein paar Worte zur Herstellung der Terrakotten. In ältesten Zeiten wurden die Reliefs analog der Hausteintechnik aus dem gebrannten Tonblock herausgemeißelt, später schnitt man die Reliefs aus dem weichen Tonkern heraus und modellierte das Gebilde, um es später im Feuer zu brennen. Eine verbesserte Technik stellt das Formen in Holz- oder Tonformen (Gipsformen) dar, wobei oft in einer anderen schönbrennenden Masse vorgeformt wird. Ein modernes Verfahren stanzt mittels Maschinen die Reliefs oder einzelne Teile aus Formen. Brenntechnisch am schwierigsten, aber künstlerisch bei weitem die idealste Herstellung, besonders bei Vollplastiken bilden die Arbeiten aus einem frei modellierten Tonstück, das nach dem Brande noch die Ursprünglichkeit und Originalität besitzt und die Hand des Meisters am unmittelbarsten fühlen läßt.

Wenn man eine Einteilung der Keramikarchitektur geben will, so kann man unterscheiden: Backsteinbau, Verblenderbau, Keramik in Verbindung mit anderem Material als Betonung einzelner Architekturteile, Keramische Plastik.

Der Backsteinbau ist niemals ganz ausgestorben. Einzelne Architekten haben mit Vorliebe die Backsteinarchitektur gepflegt. Insbesondere zeigt Danzig eine ausgesprochene Weiterbildung in der dort seit Jahrhunderten heimischen Backsteinbauweise. Wir erinnern an die von Professor Carsten in der Backsteinbauweise errichtete Technische Hochschule. Professor Fischer zeigt musterhafte Beispiele im Villen- und Kleinsiedlungsbau. Die Ost- und Westzeile, zwei große Straßenzüge in Danzig zeigen, daß auch bei den Kleinsiedlungen im Backsteinbau vorzügliche städtebauliche Wirkungen erzielt werden können.

Der Verblenderbau unterscheidet sich zunächst grundsätzlich nicht von dem Backsteinbau. Er zeigt äußerlich vielfach dasselbe Bild. An Stelle der Backsteins tritt an die Außenfläche der Vorsatzklinker, weil in der Gründerzeit der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts auch der Backstein von der Qualitätsarbeit zur Massenware herabsank und die auf Haltbarkeit, Wetterbeständigkeit und Farbengüte gerichtete Technik

mehr und mehr verfiel. Als Ersatz schuf man den Vorsatzklinker, der aus besonders ausgesuchten Tonmassen und bei höheren Hitzegraden hergestellt wurde. Wenn wir trotzdem den Klinker besonders hervorheben, so hat das darin seinen Grund, daß die Klinkerherstellung in den letzten Jahren eigene und neue Wege geht. Der mehr und mehr in den einschlägigen Fabriken zur Einführung kommende Gasofen gestattet es, ohne Verwendung von Farbe durch richtige Auswahl und Mischung von besonderen Tönen und durch Zuführung von mehr oder weniger Gas, neue, außerordentlich wirkungsvolle Farbentöne herzustellen; neben einem tiefen Gelb und Rot, vor allem die reichste Schattierung zwischen Blau und Braun. Durch Zusatz von Farbe und durch Überzug läßt sich jede Farbe und beinahe jede Farbentönung



Abb. 9. Portal Haus Borchardt, Berlin-Lichterfelde. Arch. Prof. Bruno Möhring. Ausführung in roher Terrakotta von Richard Blumenfeld in Velten bei Berlin.

erreichen. In der Form und Größe des Klinkers und der Platte ist natürlich jede Entwicklung möglich. Es ist durchaus nicht notwendig, den Backsteinmaßen zu folgen. Jetzt schon nach dieser Richtung hin positive Vorschläge machen zu wollen, erscheint verfrüht, man wird voraussichtlich bei weiterer Entwicklung des Klinkerbaues zu einer gewissen Normierung kommen.

Der Verblenderbau hat verschiedene große Vorteile. In der Herstellung ist er teurer als einfacher Ziegelbau und teurer als farbiger Putz. Er ist aber ewig haltbar, farbecht, wetterbeständig und wasserdicht. Durch seine Glätte hat er den Vorzug der größten Sauberkeit und entspricht daher hygienischen Anforderungen. Er bietet die Möglichkeit, die Farbe auch in die Städte zu bringen, wo gefärbter Putz oder Anstrich schnell dem Ruß starker

Industrie zum Opfer fällt. Er ist billiger als Sandsteinbau und mindestens so haltbar und gibt architektonisch mehr Auswirkungsfreiheit.

In letzter Zeit sind eine Anzahl solcher Klinkerbauten zur Ausführung gekommen.

Abb. 11, S. 139, bringt die Fassade des Wolff'schen Telegraphenbüros in Berlin, Abb. 10, hierneben, den Eingang dieses Hauses. Die Bildbeilage in No. 17 zeigt einen Eingang des Bahnhofs Friedrichstraße, Abb. 7 in No. 17 eine Innenansicht aus demselben Bau und Abb. 8 eine in Keramik hergestellte Figur an der Außenfassade. Die Abbildungen sind uns von der ausführenden Firma, den Ullersdorfer Werken, zur Verfügung gestellt. Abb. 9, S. 137, Abb. 12, S. 140, und Abb. 16, S. 141, bringen Ausführungen der Firma Richard Blumenfeld in Velten bei Berlin.

Die Keramik eignet sich auch, in Verbindung mit Backstein- und Putzbau, als Betonung einzelner Architekturteile, Türeintrahmungen, Fenstereinfassungen, Gesimse, für Säulen, Pfeiler usw. Neben der architektonischen Wirkung fällt hier der Vorteil der großen Widerstandsfähigkeit besonders ins Gewicht, der die mit gebranntem Ton versehenen, vorspringenden Ecken und Kanten besser vor Beschädigung schützt als dies bei Ausführung in Putz geschieht.

Aus dieser sehr reichhaltigen Verwendungsmöglichkeit bringen wir in den Abb. 13, S. 140 und Abb. 17, 18, S. 143, einige Beispiele, die Türeingänge wiedergeben; Abb. 13 ausgeführt von der Fabrik Blumenfeld, Abb. 18 von der Keramikabteilung der Bergbau-Akt.-Ges. Grube Ilse, Abb. 17, S. 143, ein ganz

einfacher Eingang in Keramik aus dem Eingangsgebäude der Ostmarkenschau Frankfurt a. Oder.

Wir gehen auf eine Kritik der in Abb. 7—13 und 17, 18 gezeigten Gebäude und Gebäudeteile nicht ein; es ist natürlich, daß eine im Aufblühen stehende Bauweise nicht sofort zur vollen Baureife gelangen kann, sondern sich zu dieser erst entwickeln muß.

Hervorragende Leistungen zeigt die keramische Bauindustrie in der technischen Herstellung von Bauplastiken. Figürlicher Schmuck, Lichthalter, Reliefs werden in großer künstlerischer Reife hergestellt. Die scharf gebrannten Tonplastiken zeigen gleichfalls bei guter Ausführung in den Klinkern eigene große Wetter- und Lichtbeständigkeit und die unbegrenzte

Haltbarkeit. Sie genießen den Vorzug der Billigkeit, wenn sie als Serienware hergestellt werden, was bei der Fabrikationsart ohne weiteres möglich ist. Wir bringen hiervon in den Abb. 14, 15 und Abb. 8 in No. 17 einige Beispiele.

Wir haben in den vorstehenden Ausführungen in der Hauptsache die Keramik als Bestandteil der Außenarchitektur behandelt. Die Keramik ist u. E. jedoch auch dazu berufen, die Innenarchitektur außerordentlich zu bereichern. Die Vorzüge der großen Haltbarkeit und Widerstandsfähigkeit macht sie besonders geeignet als Wandbekleidung für öffentliche Gebäude, Bahnhöfe, Rathäuser, Gaststätten usw. Der Vorzug der großen Sauberkeit wird die Baukeramik mehr als bisher in die Krankenhäuser, in die Fisch- und Fleischhallen einführen. Die Weiterentwicklung des figürlichen Schmucks



Abb. 10. Eingang zu Wolffs Telegraphen-Büro in Berlin.
(Einzelheit zu Abb. 11.) Ausführung der Ullersdorfer Werke.

führt zu Grabdenkmälern, Gedenksteinen usw.

Wenn die Baukeramik bisher nicht die Ausdehnung gefunden hat, die man ihr im architektonischen und baulichen Interesse wünschen möchte, so liegt das vielleicht daran, daß den Architekten die vielseitige Verwendungsmöglichkeit der Baukeramik und die Leistungsfähigkeit der baukeramischen Industrien nicht in ausreichendem Maße bekannt ist. Die Spezialarchitekten der Keramik kennen zur Zeit noch nicht genügend die Forderungen der Bauarchitekten und die Bauarchitekten sind mit der Eigenart der Keramik noch nicht genau genug vertraut, um den Fabriken künstlerische Forderungen angedeihen zu lassen. Sobald sich das bessert, ist mit einer starken künstlerischen Entwicklung der Baukeramik zu rechnen. —

Die Aufgaben des städtischen Siedlungswesens und ihre Beziehungen zur Bodenreform.

Von Dr.-Ing. Neumann o. Prof. für Bauingenieurwesen a. d. Techn. Hochschule in Braunschweig¹⁾.



n die Spitze meiner Betrachtungen²⁾ möchte ich die Worte stellen, die der bedeutende Baukünstler und feinsinnige Schriftsteller Gottfried Semper einmal ausspricht, „Die Baukunst kennt nur einen Herrn, das Bedürfnis.“

Das Voranstellen des Bedürfnisses, die reine Zweck-

noch weit entfernt, das Bedürfnis der Stadtbewohner und der Stadtwirtschaft zur Grundlage aller Planungen zu machen. Da wir unter der Last schwerer Schicksalsschläge unser Augenmerk nur auf die Befriedigung des Allernotwendigsten richten können, alles andere aber als Beiwerk beiseite lassen müssen, scheint es notwendig, einmal auch das städtische Siedlungswesen



Abb. 11. Fassade des Wolff'schen Telegraphenbüros in Berlin.
Ausführung der Verkleidung Ullersdorfer Werke, Niederullersdorf, Kreis Sorau.
Die Keramik in der modernen Baukunst.

bestimmung, beherrscht auch heute wieder die Bestrebungen im Bauwesen und im Kunstgewerbe. Nur im Städtebau, einem wesentlichen Teil der Baukunst, ist man

¹⁾ Vortrag, gehalten auf dem vom Braunschweigischen Ministerium veranstalteten Siedlungstag im März 1924. —

lediglich unter dem Gesichtspunkt der reinen Bedürfnisfrage zu betrachten.

²⁾ Anmerkung der Schriftleitung: Ohne uns durchweg mit den Ausführungen zu identifizieren, hätten wir sie doch für einen wertvollen Beitrag zu dieser wichtigen Frage. —

Die Bedürfnisse, die ein städtisches Siedlungswesen erfüllen soll, sind die folgenden: Eine Stadt soll den Bewohnern eine gesunde Wohnung, eine Arbeitsstätte, die ihnen einen sicheren Unterhalt gewährt, und eine Geist

und Körper erfrischende Erholungsmöglichkeit bieten. Das sind die Anforderungen, denen das große wie das kleine Gemeinwesen Rechnung tragen muß, damit in ihm ein zufriedenes und arbeitsames Geschlecht heranwachsen kann.

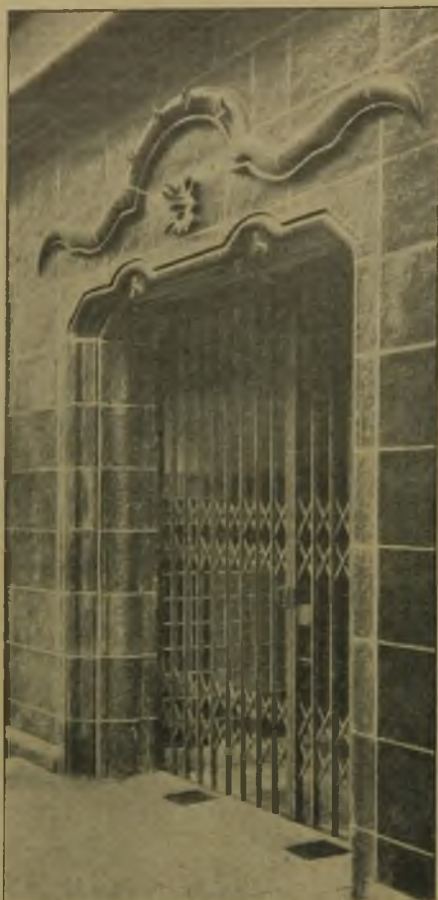


Abb. 12. Portal am „Lindenhaus“, Berlin.
Arch. Otto Salvisberg, Bildhauer P.R. Hennig,
beide in Berlin. Schwarz glasierte Keramik



Abb. 13. Portal des Rathauses in Velten (Mark).
Arch. Scherer & Aeppli, Bildhauer Freese, Berlin.
Gelbrote Terrakotta.



Abb. 14. Marionettentheater
Münchener Künstler.
Säulen mit Märchenbildern in Eisenklinker-
Terrakotta.
Die Ausführung der Terrakotten an sämtlichen
Bauten durch Rich. Blumenfeld in Velten
bei Berlin.



Abb. 15. Deutsche Gewerbeschau München 1922.
Bildhauer Anton Hiller, München. Rohe Terrakotta.

Die Keramik in der modernen Baukunst.

Wie die drei Forderungen im Städtebau — gesunde Wohnung, Arbeitsstätte und Erholungsgelegenheit — erfüllt werden, müssen, soll nachstehend erläutert werden: Es ist hinlänglich bekannt, daß die Wohnungsverhältnisse in den Großstädten fast durchgängig, in den Mittelstädten in erheblichem Umfange und selbst auch auf dem Lande unbefriedigend sind. Das rührt daher, daß man

beschaffen, daß sie diesen Einkommensverhältnissen entspricht, d. h. die Mietpreise dürfen 600 M. nicht überschreiten, werden aber in den meisten Fällen sogar unter 200—300 M. bleiben müssen. Dabei soll die Wohnung doch so beschaffen sein, daß sie ein Heim gewährt. Diese Aufgabe ist schwer zu erfüllen und ihre Lösung außerordentlich bestritten.



Abb. 16. Schloß Jamitzow, Kr. Greifswald i. Pom. Arch. Prof. Heinz Lassen, Berlin; Bildhauer Rich. K u ö h l, Hamburg. Ausführung in schwarz gedämpften Terrakotten von Rich. B l u m e n f e l d i. Velten b. Berlin.

Die Keramik in der modernen Baukunst.

nicht rechtzeitig erkannt hat, auf welche Bedürfnisse die Wohnungen zugeschnitten sein müssen. Die Statistik des preußischen Staates belehrt uns, daß 91 v. H. der städt. Bevölkerung ein Einkommen unter 3000 M. in Friedenszeiten hatten, 6 v. H. zwischen 3000—6500, und der Rest, also 3 v. H., darüber. Ein gesunder Städtebau hat also die Aufgabe, in erster Linie für die überwiegende Mehrzahl der Volksgenossen, mit einem Einkommen unter 3000 M., von denen wiederum 60 v. H. ein Einkommen unter 1700 M. haben, eine solche Wohngelegenheit zu

Ich will einmal die wichtige Frage vorwegnehmen, ob das Massenmiethaus oder das Kleinhaus, vielleicht sogar das Einfamilienhaus die Wohnungsform für das werktätige Volk abgeben soll. Um diese Frage, welches die wirtschaftlichste Form ist, das Vielstockhaus oder das Kleinhaus, tobt noch immer eine erbitterte Fehde. Meine Auffassung ist diese: Die Wohnung im Kleinhaus ist ebenso wirtschaftlich wie im Massenmiethaus. Daran ist heute nicht mehr zu rütteln. Diese Auffassung hat sich im gesamten wissenschaftlichen Städtebau durchgesetzt. Die

Baukosten sind etwa die gleichen, die Mietpreise bleiben innerhalb der Einkommensverhältnisse der werktätigen Bevölkerung. Beweis: Baugenossenschaft Ideal bei Britz und Staaken bei Spandau.)

Das Kleinhaus, vornehmlich das Einfamilienhaus ist bei richtiger Ausgestaltung des Siedlungsplanes und sparsamer, den Bedürfnissen entsprechender Anschließung des Baugebietes, d. h. in der Geländeausschließung und im Straßenbau, wirtschaftlich und bietet gesundheitliche und soziale Werte. Es ist nur die Frage: Entspricht es dem Wunsche der Bevölkerung. Daß dies der Fall ist, dafür kann ich einige Feststellungen anführen:

Auf meinen Studienreisen nach England und Nordamerika habe ich allgemein beobachtet, daß dort diejenige Wohnform, die vom Arbeiter verlangt wird, das Eigenhaus ist.¹⁾ Nach Angaben des amerikanischen Volkswirtschaftlers Frank I. Goodnow wohnen 36,6 v. H. aller Familien in den Städten in eigenen Häusern. Die Bebauungsziffer für Philadelphia beträgt 5,4, Baltimore 5,7, und Chicago 8,8 Personen. An diesen Eigenheimen ist nun der deutsche Auswanderer in erheblichem Umfange beteiligt. Nach einer Untersuchung des Arbeitsamtes der Vereinigten Staaten v. J. 1901 waren von eingewanderten deutschen Arbeitern, die von der Untersuchung erfaßt sind, 32 v. H. im Besitze eines Hauses und von diesen Häusern waren 57 v. H. schuldenfrei. Von den Vertretern der Bodenreform wird daher die Frage mit Recht erhoben, warum der deutsche Arbeiter erst auswandern muß, um in den Besitz eines Eigenheims zu gelangen.

Von unserer deutschen Bevölkerung sagt allerdings Stadtbaurat Dr.-Ing. Bredtschneider in seiner Schrift: Groß-Berliner Bauordnungen, daß die minder-mittelste Bevölkerung an Ausgaben für ihre Wohnung zuletzt denkt und sich mit den bescheidensten Verhältnissen begnügt. Diese Tatsache kann nicht bestritten werden. Es ist aber ein trauriges Zeichen für den Kulturzustand unseres Volkes, daß es den Wert des eigenen Heimes unter den übrigen Gütern des Lebens so niedrig einschätzt. Wir dürfen uns aber in dieser Hinsicht nicht von falschen Masseninstinkten leiten lassen, sondern müssen die Führung zum Besseren selbst in die Hand nehmen.

Ich gehe aber nicht soweit, zu verlangen, daß nur noch Einfamilienhäuser gebaut werden. Damit würde man unbedingt über das Ziel hinausschießen, denn von bestimmten Bevölkerungsschichten werden auch Wohnungen im Miet Hause verlangt. Das ist z. T. abhängig vom Berufsstand und Familienstand. Die kinderreichen Familien bevorzugen das Kleinhaus, da es ihnen die Lebenshaltung erleichtert. Ich schätze etwa, nach einer Untersuchung von Dr.-Ing. Höpfner,²⁾ die eine auffallende Bestätigung durch eine Erhebung des Statistischen Amtes der Stadt Dresden im 4. Heft des Jahrb. der Bodenreform 1923 erfahren hat, daß nach dem Familienstande etwa 50 v. H. der Haushaltungen für das Kleinhaus oder Einfamilienhaus passen. Es wäre unwirtschaftlich, auch mit Rücksicht darauf, daß wir unsere Verkehrsstraßen nur mit Mehrschloßhäusern bebauen können, den gesamten Wohnungsbedarf im Kleinhaus zu decken.

Der Auffassung von Prof. Schumacher, Hamburg, daß das Ziel der Wohnungsreform nicht auf einen einzigen Haustypus eingestellt werden darf³⁾, sondern das eben alle Haustypen, um allen Bedürfnissen gerecht zu werden, angewandt werden müssen, muß allgemein Anerkennung verschafft werden. Der Umstand aber, daß in der Gegenwart noch die Zahl der Einfamilienhäuser im Verhältnis zu den Mietwohnungen, und vornehmlich den unterwertigen Mietwohnungen noch sehr gering ist, läßt es zweckmäßig erscheinen, vorerst die Form des Kleinhauses, wo es nur immer möglich ist, zu bevorzugen. Zu jedem Haus, auch dem Miethaus, soll ein Garten, und wenn er noch so klein ist, gehören. Die Baugenossenschaft „Ideal“ bei Britz hat auf städt. Gelände, das 21 M. f. 1 qm gekostet hat, Einfamilienhäuser mit je 60 qm Garten zu üblichen Mietpreisen errichten können. Daß keine Wohnung mehr in Zukunft im Seitenflügel oder Hinterhaus erbaut wird, sondern alle Wohnungen Luft und Licht erhalten und Querlüftung ermöglichen sollen, versteht sich von selbst. Wir werden versuchen müssen, die bestehende Wohnungsnot in dieser Form sobald als möglich zu überwinden.

¹⁾ Vgl. auch den Aufsatz des Verfassers im Technischen Gemeindeblatt 1921, S. 194: Einfamilienhäuser in wirtschaftlicher Beziehung. —

²⁾ Vgl. auch den Aufsatz des Verfassers in Zeitschrift für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik, März 1914: Vom Städtebau in den Vereinigten Staaten. —

³⁾ Technisches Gemeindeblatt 1921, S. 66. —

⁴⁾ Die Kleinwohnung. Verlag Quelle & Meyer. —

Ich sagte vorhin, daß bei wirtschaftlicher Erschließung, d. h. bei richtiger Form des Straßenbaues und der Entwässerung, das Kleinhaus wirtschaftlich ist. Hier muß ich noch einige Erläuterungen geben. Daß bei der Straßenanlage zwischen Verkehrs- und Wohnstraßen unterschieden werden muß, und die Wohnstraßen möglichst nur dem Bedürfnis entsprechend weder übermäßig breit noch mit zu aufwendiger Befestigung versehen werden dürfen, daß die Anlage von Wohnhöfen die Erschließungskosten ermäßigt, ist allgemein wohl bekannt und wird beachtet. Noch vielfach abwegig sind die Auffassungen über die Entwässerung. Hier sind sehr viele unverzeihliche Fehler bei Siedlungen in den letzten Jahren begangen worden, weil man den Ingenieur garnicht oder zu spät hinzugezogen hat. Das veranlaßte den Reichsarbeitsminister zu einem Erlaß vom 30. Juni 1922, in dem die richtige Auswahl des Geländes auch mit Rücksicht auf die Be- und Entwässerung und die rechtzeitige Heranziehung der für diese Einrichtungen Sachverständigen den Gemeinden zur Pflicht gemacht wird.

Einige Richtlinien aus diesem Erlaß möchte ich geben: Es ist unbedingt die Entwässerungsfrage nach dem Charakter der Siedlung zu unterscheiden. In rein ländlichen Verhältnissen kann man auf jede Entwässerungsanlage verzichten, es werden Trockenaborte verwendet. Die menschlichen Fäkalien werden gemeinsam mit dem Tiermist behandelt und ihr Düngwert ausgenutzt. Bei halbländlichen Siedlungen, bei denen man die Fäkalien zur Gartendüngung benutzen will, muß der Garten mindestens 60 qm (100 qm f. d. Kopf d. Hausbewohners) groß sein. Trockenabort ist gleichfalls notwendig. Bei beiden ist besondere Regenwasserabführung nicht erforderlich, denn es wird in den allermeisten Fällen möglich sein, die Regenwässer auf dem natürlichen Wege in den vorhandenen Vorfluter oberirdisch abzuführen.

Anders liegen die Verhältnisse bei den Vorstadtsiedlungen, Gartenstädten und Gartenvorstädten. Hier ist mit den städtischen Bedürfnissen der Siedler zu rechnen, die Hausbewohner verlangen die Annehmlichkeit des Spülaborts und der Badegelegenheit. Die anfallenden Wassermengen zusammen mit den Küchenwässern sind so groß, daß sie im Garten nicht untergebracht werden können. Das sogenannte Untergrund-Berieselungsverfahren ist selbst bei sehr durchlässigem Untergrund auf die Dauer nicht erfolgreich. Die Leitungen verstopfen sich und müssen von Zeit zu Zeit umgelegt werden. Bei solchen Siedlungen soll man möglichst sehen, ob man nicht Anschluß an eine vorhandene Kanalisationsanlage findet. Bei sorgfältiger Abwägung aller Möglichkeiten, die sich hinsichtlich der Beseitigung der Spül- und Waschwässer bietet, kommt man letzten Endes doch zum Ausbau einer endgültigen Anlage mit unterirdischer Abführung. Dann empfiehlt es sich aber, auch gleich die Fäkalien abzuschwemmen.

Man kann sparen, wenn man die Leitungen nur in geringerer Tiefe verlegt. Große Entwässerungsunternehmen sind immer in Unterhaltung und Betrieb am wirtschaftlichsten. Darum Zusammenschluß mehrerer Gemeinden zu Zweckverbänden. Beispiel: der Wilmersdorf-Teltower Zweckverband und Stellingen-Langenhäfen.

Es wäre ein unverzeihlicher Fehler und Rückschritt, wollte man die in der heutigen Zeit doppelt wünschenswerten Ersparnisse in Entwässerungsanlagen etwa dadurch zu erzielen suchen, daß man Erfahrungen auf dem Gebiete der Hygiene und Technik verläßt und phantastischen Vorschlägen nachgeht. Dagegen wird man sehr wohl in der Lage sein, durch geschicktere Anordnung der Entwässerungsanlagen, wozu auch die durch örtliche Verhältnisse gegebene landwirtschaftliche Ausnutzung zu rechnen ist, und durch wirtschaftlicheren Betrieb oder durch genossenschaftlichen Zusammenschluß Ersparnisse zu machen. Allein schon die Bevorzugung des Trennsystems und die oberirdische Abführung der Regenwässer, die sich unschwer erreichen läßt, wenn von vornherein der Bebauungsplan danach entworfen wird, kann solchen Bestrebungen förderlich sein.

Es sind also immer die unmittelbaren Bedürfnisse, die die Art der Ausführung vorschreiben, und die richtig einzuschätzen, keine leichte Aufgabe ist, vielmehr technische Kenntnisse und Erfahrungen bedingt. Darum ist es dringend erforderlich, daß man sich vor Anlage einer Siedlung über diese Frage völlig klar wird. Leberecht Migge, von der Siedlerschule in Worpsswede, erstrebt allerdings, die städt. Auswurfstoffe zu kompostieren und ihren Düngwert zu erhalten. Ich stehe dieser Frage noch abwartend gegenüber, da der volle Nachweis für diese Möglichkeit und Zweckmäßigkeit noch nicht erbracht ist. Meine Erfahrungen mit der Charlottenburger Müllabfuhr,

die bekanntlich nach der Form der Müllverwertung betrieben wurde, bestärken mich in meiner Zurückhaltung.

Der Gedanke, daß unsere Not durch die Ansiedlung eines Teiles der Stadtbewohner auf dem Lande als Landarbeiter gemildert werden könne, hat sich schon längst als irrig erwiesen. Wenn wir 60 Millionen Deutschen Arbeit und Brot geben wollen und dann noch hohe Kriegsentschädigungen abtragen sollen, kann das nur geschehen, wenn wir unsere Industrie in Gang halten und ihre Leistungsfähigkeit und Erzeugung erhöhen. Eine Verminderung der gewerblichen Arbeiter ist ausgeschlossen. Die Aufgabe kann nur die sein, den Bedürfnissen der Industrie sowohl, wie den Anforderungen ihrer Arbeitskräfte in den neuen Siedlungsplänen mehr als bisher gerecht zu werden.

Soweit neue Industrieegründungen in Frage kommen, wird man dafür sorgen müssen, daß sie an die richtige Stelle gelegt werden. Ich komme damit zum zweiten Punkt — Schaffung von Arbeitsgelegenheit. Auf die Trennung von Wohn- und Arbeitsstätte ist streng zu halten. Die Schädigungen durch Rauch, Ruß, Lärm, Geruch der Industrie sind dadurch fern zu halten, daß man Industrien in besonderen Vierteln ansiedelt, die so liegen, daß die vorherrschende Winde die Belästigungen nicht in die Wohnviertel tragen können. Man soll aber auch diese Viertel so bestimmen, daß die Arbeitsverhältnisse der Werke durch ihre Lage gefördert werden. Sie sollen bequeme Wasser- und Eisenbahnanschlüsse erhalten und sich ausreichend ausdehnen können. Die Gemeinden sollen hier selbst alle Entwicklungsmöglichkeiten verfolgen, sich Gelände sichern, Bodenvorratswirtschaft betreiben, bei den Verhandlungen mit den Verkehrsbehörden diese Gesichtspunkte mit aller Schärfe vertreten, wenn möglich, durch Ausbau von Wasserkraften für billige Kraft sorgen. Die Stadtverwaltungen sollen in dieser Richtung Anreize für das Wirtschaftsleben geben. Diese müssen aber so wirksam sein, daß der wirtschaftliche Trieb der Industrie dadurch angelockt wird.

Hierbei möchte ich gleich bemerken, daß dabei eine Ansiedlung der Industrie unmittelbar an der Stadt bei größeren Gemeinwesen über 100 000—150 000 Einwohner heute nicht mehr erwünscht ist. Die Gründe dafür werde ich noch später anführen.

Ich komme nun zum dritten Punkt, den Erholungsmöglichkeiten. Früher hieß es, eine Stadt muß von einem Grüngürtel umgeben sein. Heute besteht die Auffassung: das sanitäre Grün muß bis in die Stadt hineinstrahlen und keilförmig sich in die Wohnbezirke hineindrängen. Jeder Stadtbewohner soll von seiner Wohnung aus auf verhältnismäßig kurzem Wege das Grüne erreichen können, um dort Erholung zu finden. Diese Grünflächen sollen zugleich Spiel- und Sportplätze enthalten zur körperlichen Ertüchtigung der Jugend. Man hat ausgerechnet, daß auf jeden Einwohner an Spielplatz, Promenadenfläche und Wald 19 qm entfallen müßten. Der Zentralkomitee für Volks- und Jugendspiele hat ein Reichsgesetz vorgelegt, nach dem jede Gemeinde verpflichtet werden soll, Spiel- und Sportplätze in solcher Ausdehnung anzulegen, daß auf jeden Kopf sämtlicher Einwohner an Spielfläche 3 qm entfallen.

Diese Zahlen sind wertvoll und geben uns einen Anhaltspunkt, ihre Verallgemeinerung wäre aber falsch. Wir müssen uns wieder die Frage stellen: wie ist das Bedürfnis! Die großen öffentlichen Volksparks, die man vor

dem Kriege in den Städten anlegte, waren amerikanischen Vorbildern entnommen. Sie passen aber nicht nach Deutschland. Der deutsche Volkspark muß anders aussehen, denn zwischen dem Volkscharakter des Amerikaners und Deutschen bestehen wesentliche Unterschiede. Dem Ame-



Abb. 17. Türeinfassung an der Halle der Ostmarkenschau in Frankfurt a. O.

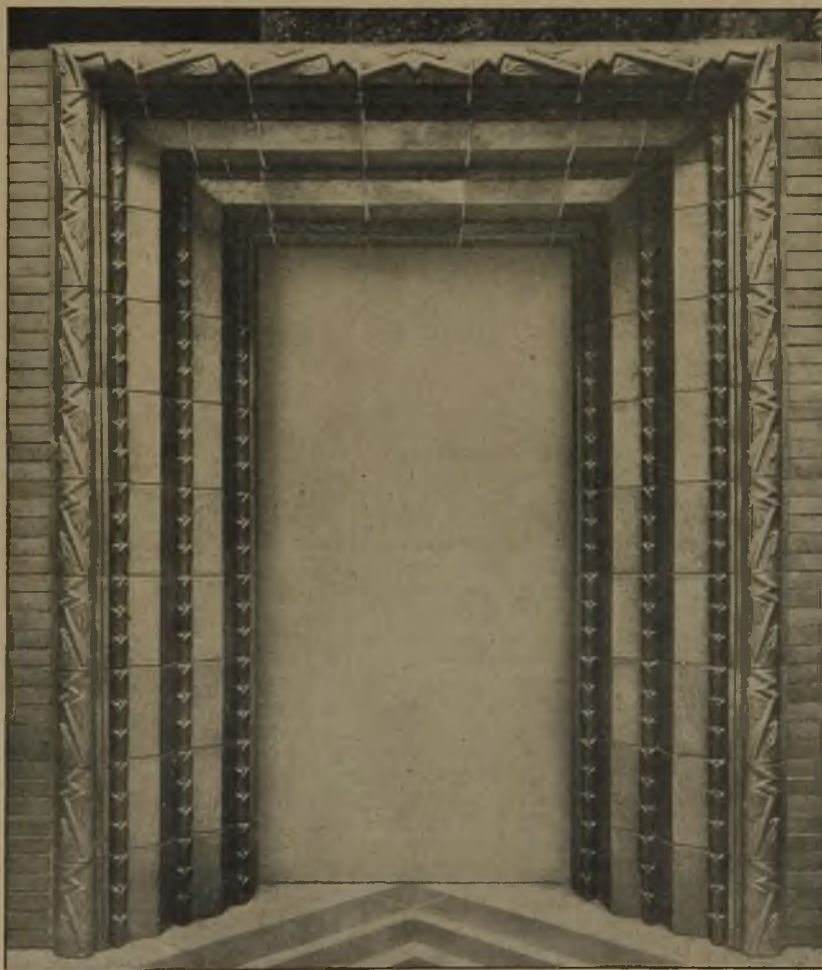


Abb. 18. Keramikportal.
Hergestellt von der Keramik-Abteilung der Grube „Ilse“.
Die Keramik in der modernen Baukunst.

rikaner ist Massenbetrieb Bedürfnis, er liebt das Massengewandern nach entfernten Spielparks, um dort müßig im Grase zu liegen und etwa dem Spiele Anderer zuzusehen. Anders der Deutsche. Er liebt die Geselligkeit im engen und engsten Familienkreise, das ruhige, heitere Familienleben innerhalb seines Gartenzaunes. Der Deutsche findet

seine Erholung im Graben, Harken, Säen und Ernten in seinem Garten. Darum müssen die Freiflächen der deutschen Städte nicht in großen Volksparks, sondern in Familiengärten bestehen.

Nach den Schriften der Zentralstelle für Volkswohlfahrt über Familiengärten (1922 Heft 8) wird angenommen, daß $\frac{1}{2}$ bis $\frac{2}{3}$ aller Haushaltungen das Bedürfnis nach einem Familiengarten empfinden. Tatsächlich ist es vielen Städten gelungen, in solchem Ausmaße dem Wunsche der Bevölkerung nach Gärten nachzukommen. In Kiel, Lüneburg, Lübeck hat fast jede zweite Familie einen Garten. In Frankfurt a. O. kommt auf jede dritte Familie und in Karlsruhe auf jede vierte ein Garten. Ähnliche Verhältnisse findet man in Freiburg im Breisgau, Grünberg i. Schl. und anderen Städten.

In Großstädten ist schon viel erreicht, wenn man etwa für jede sechste Familie einen Garten bereitstellen kann. Die Hauptsache ist, und daran fehlt es in den meisten Fällen, daß diese Gärten als ständige, also für die Dauer angelegt werden. Parkanlagen erfordern hohe Unterhaltungskosten. Aus Familiengärten kann die Gemeinde noch Pachterträge erzielen. Daher ist es zu begrüßen, daß die „Vereinigung der technischen Oberbeamten Deutscher Städte“ auf ihrer Tagung in Frankfurt a. M. 1922 die Forderung aufgestellt hat, daß die Familiengärten planmäßig und endgültig in die über den ganzen Bebauungsplan sich erstreckenden Grünstreifen unterzubringen sind und nicht etwa nur vorläufig auf künftigen Baustellengelände. Wenn den Kleingärten ein hoher Wert in gesundheitlicher, erzieherischer und ethischer Beziehung zukommt, so muß doch aber auch die kleingärtnerische Bewirtschaftung gewährleistet sein. Darum muß auch ein angemessener Pachtzins gefordert werden, der den Eigentümer zu einer ordentlichen Gartenwirtschaft anhält. Die Notwendigkeit der Schaffung ständiger Familiengärten habe ich bereits 1917 im Techn. Gemeindeblatt hervorgehoben. Heute ist diese Forderung Allgemeingut.

Und dennoch wird schon jetzt wieder die Frage erörtert, ob die Familiengärten noch eine Zukunft haben, weil eine gewisse Menge von Nahrungsmitteln zu erschwinglichen Preisen am Markt ist. Die Gärten werden gewissermaßen als Kriegerversicherung gewertet, mit deren Abbau begonnen werden kann. Das ist aber ein gründlicher Irrtum. Denn wie schon aus der von mir erwähnten Schrift der Zentralstelle für Volkswohlfahrt zu entnehmen ist, hatten schon vor dem Kriege die Familiengärten eine hohe Bedeutung für Stadt und Land angenommen. Nach meinen Ermittlungen waren bereits 1914 im Weichbilde von Charlottenburg von 2344^{ha} etwa 375^{ha} z. T. allerdings auf Bauland mit Familiengärten belegt.

Vermischtes.

Die Bebauung der Prinz-Albrecht-Gärten in Berlin. Nach Mitteilung der Großbauten-Akt.-Ges. wird der Neubau des Bürohauses auf dem an der Königgrätzer und Anhaltstraße gelegenen Gelände der Prinz-Albrecht-Gärten, der den Namen „Europahaus“ erhalten soll, demnächst in Angriff genommen, nachdem die Genehmigung des Vorentwurfes und die Erlaubnis zum Abriß der vorhandenen alten Baulichkeiten jetzt erteilt ist. Die Ausarbeitung der endgültigen Baupläne liegt in den Händen der Architekten Bielenberg & Moser, die in dem ausgeschriebenen Wettbewerb einen ersten Preis gewannen. Der Bau soll nach der Erteilung der endgültigen Baugenehmigung beschleunigt durchgeführt werden. Man hofft, daß der am Askanischen Platz gelegene östliche Bauabschnitt bereits zum Herbst d. Js., der anschließende westliche Bauteil spätestens im Frühjahr 1926 bezugsfertig ist. Die Bauausführung ist der Baufirma Heilmann & Littmann, Berlin, G. m. b. H., übertragen worden. Das zur Bebauung bestimmte Baugelände umfaßt 10 000 qm bebauter Fläche und hat an der Königgrätzer Straße und dem Askanischen Platz eine Frontlänge von 220 m, in der Anhaltstraße 60 m Front. Im ganzen werden 30 000 qm Geschäfts- und Büroräume sowie im Erdgeschoß 50 Läden geschaffen. — Die Genehmigung des Vorentwurfes ist nach dieser Mitteilung unter Berücksichtigung der Verkehrsfragen erfolgt. Wir behalten uns vor, darauf zurückzukommen. —

Wettbewerbe.

Einen Wettbewerb für die städtebauliche und architektonische Gestaltung des Kirchplatzes mit Umgebung in Wald, Rhld., schreibt das Stadtbauamt daselbst aus (Frist?) für alle im Reg.-Bez. Düsseldorf ansässigen Architekten. Drei Preise von 1250, 1000, 750 M., sowie gegf. 3 Ankäufe zu je 300 M. Im Preisgericht die Herren: Reg.-u. Bt. Schulz, Düsseldorf, Prof. Klotzbach, Arch. B. D. A., Bonn, Arch. B. D. A. L. Butzer, Essen, Stadt-

Im übrigen laufen die Städte keinerlei Gefahren, wenn sie in ihren Bebauungsplänen Freiflächen für ständige Gärten vorsehen. Freiflächen gehören heute sowieso in die Bebauungspläne. Kommen bessere Zeiten, so daß der Drang nach Familiengärten nicht mehr so groß ist, dann werden die Stadtgemeinden auch wieder in der Lage sein, diese Flächen in öffentliche Grünanlagen, Parks u. a. m. umzuwandeln und die Kosten für die ordentliche Unterhaltung aufzubringen. Heute bedeuten öffentliche Parkanlagen doch eine schwere Belastung unserer verarmten Gemeinden. Es liegt also nicht das geringste Wagnis in der Einrichtung ständiger Familiengärten. Wird die Forderung nach ausreichenden Freiflächen im Bebauungsplan anerkannt, dann wird jedes Zeitalter die Art, wie diese Flächen benutzt werden, selbst vorschreiben.

Die Gärten dürfen nur so groß sein, als sie sich ohne Überanstrengung der Familienmitglieder bearbeiten lassen. Das sind etwa 400 qm. Bei größeren Flächen besteht Gefahr, daß der Kleingartenbesitzer sich auf den Verkauf seiner Erzeugnisse legt und seine Familie überarbeitet. Dann geht der gesundheitliche Wert des Kleingartens verloren.

Der Umfang der Spielplätze für die jugendlichen Kinder (bis etwa 10 Jahre) kann in dem Falle eingeschränkt werden. Dann fallen die sogenannten Sandspielplätze fort, weil jedem Kinde ein eigener Hausgarten geboten wird, in den die Mutter ihr Kind setzen kann, während sie selbst hauswirtschaftliche Arbeiten verrichtet. Auch die Spielplätze für die größeren Kinder können fortbleiben. Denn diese finden in der Straße ihren eigentlichen Spielplatz. Das Kind in diesem Alter will und muß zur Entwicklung seiner Organe laufen. Das ist im Gutachten des Oberbaurat Klette und Dr. Schmidt (erstattet für den „Verein für öffentliche Gesundheitspflege“ 1905) überzeugend nachgewiesen. Zugleich wollen sich diese Kinder aus einem gewissen Schutzbedürfnis heraus nicht allzu weit von der heimischen Wohnung entfernen. Sie gehen noch nicht auf die großen Sport- und Spielplätze, wo sie von den Großen leicht überrannt werden. Sie bevorzugen die Straße vor der elterlichen Wohnung. Dagegen ist auch nicht das Geringste einzuwenden, wenn diese Straßen Wohnstraßen sind, auf denen kein Verkehr stattfindet. Da das in reinen Wohnsiedlungen der Fall ist, kann man auf besondere Spielplätze für die jugendlichen bis etwa 12 Jahren verzichten, wie das auch Möhring und Eberstadt in ihrem Entwurf für den Bebauungsplan für Treptow bei Berlin vorgeschlagen und damit 8 v. H. Bauland gewonnen haben. Wenn man sich streng nach dem Bedürfnis richtet, kommt man, wie diese hier von mir angestellte Überlegung zeigt, auch zu wirtschaftlichen Maßnahmen in der Bodenausnutzung für die Erholungszwecke. — (Schluß folgt.)

bmstr. Wender in Wald. Unterlagen gegen 6 M., die zurückerstattet werden, vom Stadtbauamt Wald. —

Ein Ideen-Wettbewerb zur Erlangung von Vorentwürfen für die Bebauung des in Stadtmitte gelegenen städt. Geländes in Sterkrade mit Geschäftshäusern und einer Badeanstalt wird mit Frist zum 1. Mai d. J. unter den in der Rheinprovinz oder Westfalen ansässigen reichsdeutschen Architekten ausgeschrieben. Drei Preise zu je 6000, 4500 und 300 R.-M.; Ankäufe zu je 100 bis 1500 R.-M. vorgesehen. Im Preisgericht: Prof. Billing-Karlsruhe, Prof. Muesmann-Dresden, Prof. Kreis-Düsseldorf, Beigeord. Moll-Sterkrade. Unterlagen gegen 10 R.-M., die bei Einreichung eines der Bedingungen entsprechenden Entwurfes zurückerstattet werden, vom Hochbauamt Sterkrade.

Am Wettbewerb für den Neubau eines Kreishauses in Limburg a. d. L., der wegen der verlangten Einpassung einer schwierigen Ecklösung in einen gegebenen historischen Rahmen interessant ist, hatten sich 157 Architekten beteiligt. In Ergänzung unserer Mitteilung in Nr. 15, in der wir das Ergebnis nur nach den Kennworten der preisgekrönten bzw. angekauften Entwürfe mitteilen konnten, erfahren wir nunmehr auch die Namen der ausgezeichneten Verfasser. Es erhielten den I. Preis Dipl.-Ing. P. Gais und G. Schupp in Frankfurt a. M., den II. Preis Reg.-u. Bt. Gustav Lampmann in Köln a. Rh., den III. Preis Franz Thyriot in Frankfurt a. M. Angekauft wurden die beiden Entwürfe von Arch. Otto Hildebrand und Arch. Otto Bennemann, beide in Kassel. Außerdem wurde noch ein zweiter Entwurf der Architekten Gais u. Schupp zum Ankauf empfohlen. —

Inhalt: Die Keramik in der modernen Baukunst. (Schluß.) — Die Aufgaben des städtischen Siedlungswesens und ihre Beziehungen zur Bodenreform. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Eiselen in Berlin. Druck: W. Büxenstein, Berlin SW 48.